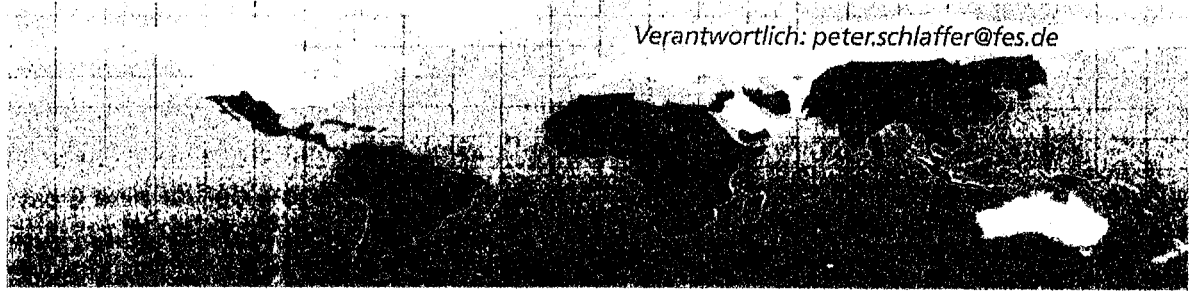


Juli 2002



## **Brückenschlag oder Allianzen?**

**- Globalisierungskritiker und Gewerkschaften setzen Dialog fort -**

**Erwin Schweißhelm und Jürgen Stetten**

- Hinter dem Etikett „Globalisierungsgegner“ verbirgt sich eine immer breiter werdende Mischung politischer und sozialer Gruppen. Dazu gehören NRO und neue soziale Bewegungen, aber auch zunehmend traditionelle gesellschaftliche Organisationen wie Gewerkschaften und Kirchen. Was alle verbindet, ist die Kritik am Status Quo der Globalisierung. Große Unterschiede gibt es dagegen bei der Suche nach Alternativen und damit verbunden den politischen Forderungen, die die verschiedenen Gruppen erheben.
- Trotz aller Heterogenität gehen Gewerkschaften und „traditionelle“ Globalisierungsgegner (wie z.B. Attac) mit Hilfe verschiedener Foren stärker aufeinander zu. Das gilt sowohl für die deutsche als auch für die internationale Szenerie. Eines dieser Foren ist der „Bangkok Roundtable“, der im Juli 2002 zum zweiten Mal stattfand und von der Friedrich-Ebert-Stiftung und „Focus on the Global South“ veranstaltet wird. Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse dieses Forums zusammen:
- Was Gewerkschaften und NRO zusammenbringt, ist die Kritik am neoliberalen Antlitz der Globalisierung. Eine Politik, die auf Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung setzt, wird von Gewerkschaften und globalisierungskritischen Gruppen gleichermaßen verworfen. Mit gleicher Einstimmigkeit werden die bestehenden internationalen Institutionen und Organisationen als undemokratisch und untransparent kritisiert. Ebenfalls abgelehnt wird die Doppelzüngigkeit, mit der der Norden gegenüber dem Süden auf dem Gebiet der Agrarpolitik auftritt. Das bestehende Subventionssystem der EU und der USA wird weitgehend verworfen.
- Unterschiedliche Positionen vertreten Gewerkschaften und NRO bei der Einschätzung der Reformfähigkeit von internationalen Organisationen. Während viele NRO und einige Gewerkschaften aus dem Süden angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte keine Chance für faire globale Regeln sehen und daher die Abschaffung von IWF, WTO und Weltbank fordern, treten Gewerkschaften und auch einige NRO aus dem Norden für mehr und vor allem für eine bessere Form von *global governance* ein. Ähnlich sind die Unterschiede bei der Bewertung von internationalem Handel. Während zahlreiche NRO offen dafür plädieren, die bestehenden wirtschaftlichen Verflechtungen zurückzufahren und die Zukunft nationaler Wirtschaftssysteme in Unabhängigkeit und Subsistenz sehen, halten Gewerkschaften eine bessere Welt auch vor dem Hintergrund der derzeitigen weltwirtschaftlichen Verflechtungen für möglich.

## Gemeinsam stark?

Die internationale Gewerkschaftsbewegung und die Globalisierungskritiker sind wie **zwei ungleiche Brüder**: Einerseits gehören sie zur gleichen Familie – der weltweiten sozialen Bewegung, die dem Prozess der Globalisierung kritisch gegenübersteht. Andererseits – und das gilt vor allem für die Gewerkschaften des Nordens – beschleicht sie das Gefühl des Trennenden, wenn über die andere Herkunft und Geschichte und die unterschiedlichen Interessenlagen nachgedacht wird. Das wurde deutlich, als es vor 3 Jahren in Seattle die erste große „Familienzusammenkunft“ gab. Die 3. Tagung der WTO Ministerkonferenz schuf ein Gefühl des „gemeinsam gegen etwas sein“, offenbarte aber gleichzeitig auch, wie viel Misstrauen und Unverständnis es auf beiden Seiten gab. Der Stein des Anstoßes war die Forderung der Gewerkschaften nach einer Verknüpfung von Handel und Sozialstandards - nach Ansicht vieler WTO-Gegner ein erneuter Beweis für die protektionistische Stoßrichtung der Kampagnen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG).

## Dialog in Bangkok

Dies war der Ausgangspunkt für den Versuch eines „Brückenschlages“ zwischen beiden Gruppen, den die Friedrich-Ebert-Stiftung und die globalisierungskritische, internationale NRO „Focus on the Global South“ im März 2001 in Bangkok unternahmen. Die damals ca. 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Roundtable“ versuchten zunächst, das Klima zwischen beiden Gruppierungen zu verbessern, Positionen und Prioritäten auszutauschen und so eine gemeinsame Grundlage für die Bewertung wirtschaftlicher Globalisierungsprozesse zu schaffen.

Zur Überraschung vieler wurden einige dieser Anliegen tatsächlich erreicht. Die NRO und neuen sozialen Bewegungen konnten deutlich machen, dass ihre Konzepte nicht nur Blockade, sondern

auch Alternativen beinhalten. Und die internationale Gewerkschaftsbewegung konnte zeigen, dass sie keine „single-issue“ Organisation ist, sondern einen entwicklungsorientierten Ansatz vertritt, der für eine Gestaltung der Globalisierung eintritt und in vielen Punkten den Positionen von NRO und sozialen Bewegungen entspricht. Das Ergebnis war eine gemeinsame, wenn auch sehr allgemeine Abschlusserklärung, die von beiden Gruppen getragen wurde. In den Monaten danach traten Gewerkschaften und globalisierungskritische Bewegung bei internationalen Anlässen wie etwa der WTO Ministerkonferenz in Doha oder auf dem zweiten Weltsozialforum in Porto Alegre zumindest punktuell gemeinsam auf.

Kurzum: die Bereitschaft zum Dialog ist stark gewachsen. Aber ist dies bereits eine Basis für tragfähige, strategische Allianzen? Diese Frage stand im Mittelpunkt des zweiten „Bangkok Roundtable“, der im Juli 2002 stattfand und an dem größtenteils dieselben Personen teilgenommen haben.

Wie bewerten diese beiden Gruppen die Ergebnisse der Welthandelskonferenz von Doha, und welche Ziele und Strategien verfolgen sie mit Blick auf die nächste Ministerkonferenz 2003 in Mexiko? Wie lassen sich insbesondere das Menschenrecht auf Nahrung und die WTO Verhandlungen über ein Agrarabkommen vereinbaren? Und wie geht man mit den internationalen Finanzinstitutionen, dem Weltwährungsfonds und der Weltbank um? Lautet die Strategie „Kritischer Dialog und Reform“, oder sollte die Abschaffung dieser Institutionen das Ziel einer gemeinsamen Kampagne sein?

Um es vorwegzunehmen: Während die Kritik am Status Quo bei NRO und Gewerkschaften nicht sehr unterschiedlich ausfiel, liegen zwischen den langfristigen Zielen nach wie vor Welten. Dabei verlaufen die Trennungslinien quer durch beide Lager und werden nicht zuletzt durch unter-

schiedliche Interessen von Nord und Süd geprägt.

### Die Gemeinsamkeiten...

Große Übereinstimmung gibt es bei der Kritik am **neoliberalen Modell**. Eine Globalisierung, die auf Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung setzt, wird einhellig abgelehnt. Ebenfalls verworfen wird eine übertriebene Betonung von geld- und fiskalpolitischen Zielvorgaben für Entwicklungs- und Schwellenländer. Die Durchsetzung neoliberaler Grundsatzzpositionen, wie sie beispielsweise bei der Politik der Kapitalmarktöffnung für Entwicklungsländer zum Ausdruck kommt, wird sowohl von den NRO als auch von den Gewerkschaften angeprangert.

Ebenfalls einer Meinung sind beide Gruppen bei der Bewertung der politischen Prozesse in internationalen Organisationen. Unisono kritisieren NRO und Gewerkschaften das **Demokratie-defizit** bei Weltbank, IWF und WTO und fordern mehr Transparenz und Partizipation. Im Zentrum der Kritik stehen die Verhandlungsprozesse bei der WTO, wie sie kürzlich wieder in Doha zum Tragen gekommen sind. Die unzureichende Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure und die Art und Weise, wie Regierungen des Südens „auf Linie“ gebracht werden, stellen aus Sicht von Gewerkschaften und NRO die politische Legitimität dieser Institutionen in Frage.

Im gleichen Maße wie das neoliberale Globalisierungsmodell abgelehnt wird, wird auch der von der EU und den USA praktizierte **Protektionismus auf den Agrarmärkten** verworfen. Aus Sicht von Gewerkschaften und NRO ist die Doppelzüngigkeit – neoliberale Marktöffnungspolitik einerseits und Agrarmarktprotektionismus andererseits – das Paradebeispiel für die politischen Ungleichgewichte zwischen Nord und Süd.

### ...und die Unterschiede

Die Wege trennen sich, sobald es um die Suche nach Alternativen und um politische Forderungen geht. Dabei kommen sowohl innerhalb der Gewerkschaftsbewegung als auch bei den NRO und sozialen Bewegungen unterschiedliche Interessenlagen und Orientierungen zum Vorschein.

Das gilt vor allem für den Umgang mit internationalen Organisationen und die Frage, ob man diese **reformieren oder abschaffen** soll. Während Gewerkschaften und auch einige Nord-NRO das internationale System für grundsätzlich reformfähig halten und deshalb für eine bessere und verstärkte Form von „global governance“ eintreten, kritisieren viele Süd-NRO und auch Teile der Gewerkschaftsbewegung im Süden die bestehenden globalen Machtstrukturen. Solange diese weiterbestünden, werde die bestehende globale Ordnung von „den Mächtigen“ ausgenutzt, zum Nachteil marginalisierter Akteure. Die Reformbemühungen der Weltbank - z.B. die „Poverty Reduction Strategy Papers“ - sind aus diesem Blickwinkel betrachtet keineswegs ein „Schritt in die richtige Richtung“, sondern nicht viel mehr als das Blendwerk einer Institution, in der aufgrund der bestehenden Stimmrechtsverhältnisse keine genuinen Reformen möglich sind. Vertreter dieses Lagers fordern daher „no global governance“ und sind konsequenterweise für die Abschaffung von WTO, IWF und Weltbank. Stattdessen setzen Gewerkschaften – zumindest die des Nordens - auf den kritischen, aber konstruktiven Dialog mit diesen Institutionen. Aus ihrer Sicht ist eine andere Gestaltung von Globalisierung durchaus möglich und zwar über eine Reform der bestehenden Institutionen und der Politik, die diese betreiben.

Ebenfalls kontrovers wird die Debatte über Reformen auf dem Gebiet der **Agrarmärkte** geführt. Während Gewerkschaften die Forderung nach einem fairen Handelsregime für landwirtschaft-

C03-00657



liche Produkte weitgehend mittragen und die Diskussionen über ein „WTO Agreement on Agriculture“ grundsätzlich begrüßen, setzen viele NRO auf einen gänzlich anderen Ansatz. Arme Länder sollten zunächst einmal in die Lage versetzt werden, die eigene Bevölkerung zu ernähren („Food Sovereignty“). Die stärkere Einbindung landwirtschaftlicher Produzenten aus Entwicklungsländern in die internationale Arbeitsteilung lehnen sie daher ab. Dies verstärke lediglich die bestehenden Monokulturen, nutze den großen Konzernen und bringe der unterernährten Bevölkerung wenig. Die Forderung dieses Lagers lautet daher: „Agriculture out of WTO“.

Ebenfalls umstritten ist die Bewertung von **internationalem Handel**. Gewerkschaften aus großen Industrieländern, für die die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Exportindustrie ein elementares Anliegen ist, können und wollen das derzeitige weltwirtschaftliche System nicht in Frage stellen. Gewerkschaften im Süden und viele NRO üben dagegen grundsätzliche Kritik am exportgeleiteten Entwicklungsmodell. Ähnlich wie auf dem Feld der Agrarmärkte sehen sie die wirtschaftliche Abkopplung und Souveränität und damit das Zurückdrehen an der Globalisierungsschraube als gangbaren Weg.

## Dennoch: Annäherungsprozeß geht weiter

Trotz aller Unterschiede, die es zweifellos gibt, läßt sich eines feststellen: Die beiden „Brüder“ sind sich durch den Bangkok-Prozess näher gekommen. Der Dialog ist tragfähig, und Allianzen sind nicht nur denkbar, sondern wahrscheinlich. So werden in den nächsten Monaten und Jahren auf vielen Themenfeldern und bei vielen Anlässen Gewerkschaften und NRO bei der Forderung nach einer neuen Gestaltung der Globalisierung an einem Strang ziehen. Der „Rio+10“-Gipfel Ende August in Johannesburg oder die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancun werden Gelegenheiten für gemeinsame Mobilisierung bieten. Beim nächsten Weltsozialforum in Porto Alegre Anfang 2003 soll der Bangkok-Prozess breiter verankert werden, die praktischen Absprachen hierzu sind bereits getroffen. „Eine andere Welt ist möglich“ – vielleicht gelingt es Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, ihr gemeinsam ein Gesicht zu geben.

### *Zu den Autoren*

*Die Autoren arbeiten für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und Berlin und haben beide am „Bangkok Roundtable“ teilgenommen. **Erwin Schweißhelm** koordiniert die internationale Gewerkschaftszusammenarbeit; **Jürgen Steffen** leitet ein Dialog- und Beratungsprogramm zu globalen Fragen.*

### **Ansprechpartner/in:**

Patricia Reindl  
Tel: 030/26935-921  
Fax: 030/26935-959  
E-Mail: reindlp@fes.de  
www.fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Abteilung für Internationale  
Entwicklungszusammenarbeit  
Referat Entwicklungspolitik  
Hiroshimastraße 17  
D-10785 Berlin